

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. Richard Dittler  
Verlagsnummer: 55541  
Postfachnummer: 20011  
Erscheinungsort: Dresden - K. L. Weststraße 28/29

Verleger: Dr. Richard Dittler  
Verlagsnummer: 55541  
Postfachnummer: 20011  
Erscheinungsort: Dresden - K. L. Weststraße 28/29

Verleger: Dr. Richard Dittler  
Verlagsnummer: 55541  
Postfachnummer: 20011  
Erscheinungsort: Dresden - K. L. Weststraße 28/29

## Gegen Mißbrauch des Völkerbundes Die Abwehr des englisch-französischen Vorstoßes Bange machen gilt nicht!

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. März. Entgegen den Ankündigungen ausländischer, namentlich französischer Blätter sind weitere Vorleistungen der Mächte, die zu den Gegnern der deutsch-französischen Koalition gehören, in Berlin nicht erfolgt. Ob Frankreich und die Tschechoslowakei, nachdem der englische Vorkämpfer bereits beim Reichsfanzler Dr. Brüning vorabgesprochen hat, sich noch zu einem Sondervertrag entschließen werden, steht allerdings noch dahin. Inzwischen ist, wie bereits kurz berichtet, in den Auffassungen der Gegner der Koalition eine gewisse Wandlung insofern eingetreten, als man in Erkenntnis der überaus schwachen juristischen Basis, auf der man steht, sich nicht mehr so stark auf das Genfer Protokoll beruft, sondern bemüht ist, die allgemeinen Bestimmungen der Völkerbundsatzung heranzuziehen. Man tut das vor allem deshalb, um die eigene Stellung namentlich gegenüber Deutschland zu stärken. Gegenüber Österreich kann man sich auf das Genfer Protokoll berufen, wenngleich auch diese Berufung überaus dürftig ist.

Was Deutschland betrifft, so möchte man auf Grund der Behauptung, daß eine Verletzung des Protokolls vorliege, offenbar gern die Bestimmungen des Artikels 11 des Völkerbundes heranziehen.

Denn dem jedes Mitglied des Völkerbundes das Recht hat, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf Umstände zu lenken, die geäußert seien, die internationalen Beziehungen zu verletzen. Gegen die Benutzung dieses Artikels des Völkerbundespaates kann aber die Reichsregierung ohne weiteres geltend machen, daß selbstverständlich die rein wirtschaftlichen Abmachungen, die zwischen Deutschland und Österreich getroffen werden sollen, keinerlei Störung der friedlichen Beziehungen der dem Völkerbund angehörigenden Staaten bedeuten können. Was unerkennbar zeigt sich, daß die Gegner der Koalition, namentlich nachdem der Reichsfanzler Dr. Brüning gegenüber dem englischen Vorkämpfer den deutschen Rechtsstandpunkt in eindeutiger und nachdrücklicher Weise darzulegen hat, nicht recht wissen, wie sie gegen Deutschland vorgehen sollen. Daß sie in wirtschaftlicher Weise nicht vorgehen können, scheint ihnen, nach allem was man aus Paris hört, allmählich zum Bewußtsein gekommen zu sein. Interessant in diesem Zusammenhang sind nun diese Darlegungen der „Germania“, die offenbar auf Inspirationen aus der Reichskanzlei beruhen, und die darlegen:

daß der Versuch, den Völkerbund zu einer Kampfkraft gegenüber der deutsch-österreichischen Koalition zu bringen, für den Bestand des Völkerbundes die schwersten Gefahren bedeuten kann.

Das bekanntlich dem Reichsfanzler Brüning sehr habehende Zentrumorgan wendet sich ausdrücklich gegen

den Mißbrauch, der mit einer internationalen Einrichtung wie dem Völkerbund getrieben werden soll, und erklärt wörtlich unter anderem:

„Es ist eine psychologische Unmöglichkeit, daß eine Institution, welche teils direkt, teils indirekt in zahllosen Reden und Proklamationen für die Solidarität der europäischen Nationen auf wirtschaftlichem Gebiet eingetreten ist, als Mittel zur Verhinderung der Ausbahnung eines ersten Fortschritts auf dem Wege dieser wirtschaftlichen Konsolidierung mißbraucht wird. Mit Recht haben es selbst sonst Frankreich freundliche Völkerbundfreunde mit Bedauern festgehalten, daß es niemand anders als das Frankreich des Paneuropäers Briand war, welches die Völkerbundsbestimmungen in Genf zum Scheitern gebracht hat. Es würde das Ende des Völkerbundes bedeuten, wenn man ihn zum Instrument von Bestrebungen heranziehen wollte, die jeden wirtschaftlichen Fortschritt in Europa im Keime ersticken wollen und dadurch an die Stelle von Fortschritt und Veredlung Rückwärtsentwicklung und Unfrieden zu setzen beabsichtigen.“

Es ist vollkommen unerträglich, daß eine Einrichtung in den Dienst der französischen Verärgerung gestellt werden soll, die als internationales Forum noch Billigkeit und Recht zu entscheiden hat und sich nicht beliebige Uebergänge in die souveräne Sphäre der Mitgliedsstaaten erlauben kann.

Unsere Rechte als europäischer Staat sind ohnehin durch Versailles so hart beschritten, daß sie das Höchstmögliche der Belastungen darstellen, unter denen ein Volk überhaupt noch atmen kann. Hier ist eine Grenze, und in die deutsch-österreichischen Zollvereinbarungen, die rein wirtschaftlichen Charakter tragen, werden wir uns nicht hineinreden lassen. Das ist übereinstimmend die Auffassung in Berlin wie in Wien.“

Diese Ausführungen der „Germania“ kann man nur unterbreiten, denn es hieße tatsächlich die ganze Existenz des Völkerbundes gefährden, wenn man ihn einer moralischen Belastungsprobe aussetzte, die er nicht zu ertragen imstande ist. Die große Gefahr, die man durch die Befassung des Völkerbundes mit der Koalition für diesen herausbekümmert, scheint man in Paris und leider auch in London noch gar nicht recht erkannt zu haben. Interessant ist übrigens weiter noch, daß auch der von Frankreich unterstützte Versuch, Amerika gegen die Koalition zu beeinflussen, recht kläglich gescheitert ist. Nicht nur amerikanische Blätter, sondern auch führende amerikanische Persönlichkeiten erklären, daß die alliierten Mächte, also Frankreich und England, jetzt die Probe auf die Aufrichtigkeit ihrer von ihnen so oft verkündeten Friedenspolitik bestehen müßten.

## Hendersons und Briands weitere Schritte

Paris, 26. März. Die Agentur Havas veröffentlicht folgende offizielle Auslassung: „Im Verlaufe der Unterredung, die Staatssekretäre Henderson und Außenminister Briand heute vormittag miteinander hatten, haben die Staatsmänner sich über die weiteren Schritte der diplomatischen Aktion, betreffend den Plan einer österreichisch-deutschen Koalition ausgesprochen. Die negative Haltung der deutschen Regierung hat die offiziellen französischen und englischen Kreise nicht überrascht. Die Verhandlungen werden übrigens zwischen den interessierten Regierungen auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege fortgesetzt werden. Im übrigen ist man davon überzeugt, daß Berlin und Wien das grundsätzliche, zwischen ihnen geschlossene Abkommen nicht vor der nächsten Völkerbundtagung in Kraft setzen werden, auf der das Problem sicher zur Sprache kommen wird, da es ja nur der Antrag einer einzigen Macht bedarf, um es auf die Tagesordnung zu bringen.“

### Kampfenichtkennung im Pariser Kammerauschuss

Paris, 26. März. Der französische Kammerauschuss für Handels- und Zollfragen hat zum deutsch-österreichischen Zollangleichungsprotokoll Stellung genommen und dazu eine Entschließung angenommen, die dem Ministerpräsidenten, dem Außenminister, dem Handelsminister und dem Landwirtschaftsminister überreicht werden wird. In der Entschließung ersucht der Ausschuss den Außenminister und den Handelsminister, sich energisch dem endgültigen Abschluß der österreichisch-deutschen Koalition zu widersetzen und, falls diese Opposition ergebnislos bleiben sollte,

solort den französisch-deutschen und französisch-österreichischen Handelsvertrag zu kündigen, wie es nach dreimonatlicher Vorankündigung die in beiden Verträgen ausgenommene Schlußklausel erlaubt. Der Aus-

schuß verlangt außerdem die Aufnahme von Verhandlungen mit den übrigen europäischen Mächten, um sie für den Annahmevertrag zu gewinnen. Falls ihre vereinte Aktion scheitern sollte, fordert der Ausschuss, daß die übrigen europäischen Mächte gemeinsam den Abschluß eines allgemeinen Abkommens studieren, der in Form eines mehrseitigen Vertrages an Stelle der sie untereinander bindenden zweiseitigen Verträge treten würde.

### Wie man in der Wilhelmstraße die Lage sieht

Berlin, 26. März. In Berliner politischen Kreisen wird es allgemein mit Genugtuung begrüßt, daß der Reichsfanzler in seiner gestrigen Unterredung mit dem englischen Vorkämpfer die Möglichkeit politischer Diskussionen über das Zollabkommen mit Österreich von vornherein ausgeschlossen hat und betont hat, daß die Verhandlungen selbstverständlich weitergehen. Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die englische Regierung sich mit ihrer seitigen Sondierung keineswegs dem Standpunkt Frankreichs zu eigen gemacht hat, der bekanntlich dahin geht, daß das Abkommen einen Verstoß gegen frühere Abmachungen darstelle. England hat nur mitgeteilt, daß gewisse Zweifel aufgetaucht seien, und deshalb eine Prüfung empfohlen. Wenn Henderson eine andere Haltung eingenommen hätte, so würde er sich in Widerspruch zu gewissen Auffassungen der englischen Regierung gesetzt haben.

### Amerika prüft mit Wohlwollen

New York, 26. März. Wie aus Washington gemeldet wird, hatte der deutsche Vorkämpfer v. Prellwitz eine längere Unterredung mit Staatssekretär Stimson über das deutsch-österreichische Zollabkommen. Die Sachverständigen des amerikanischen Handelsdepartements sind gegenwärtig dabei, festzustellen, ob und wieweit eine deutsch-österreichische Koalition mit der Reichsbegründung, die Amerika im Handelsvertrage mit Deutschland geneht, in Einklang gebracht werden kann. Nach der in Washington herrschenden Stimmung zu urteilen, prüfen die amerikanischen Sachverständigen das Problem mit großem Wohlwollen.

Der deutsch-österreichische Vorvertrag über eine technische Koalition hat sich nun doch zu einer europäischen Haupt- und Staatsaktion ausgewachsen. Wie wenn man einen großen Stein in den Sumpf wirft, so quillt es allenthalben, und so quillt der aufgeregte Chor der Frösche durcheinander. Dieser Widerhall ist eigentlich schmeichlich für uns. Er zeigt jedenfalls, wie notwendig dieser erste Schritt einer aktiven deutschen Außenpolitik war; denn Europa hatte sich schon allmählich daran gewöhnt, daß Deutschland von sich aus nichts unternimmt, sondern in Ergebenheit abwartet, was die anderen über sein Schicksal bestimmen. Nun ist aber endlich etwas geschehen, und zwar etwas Erfreuliches. Da rumort es in der Welt von Versailles, und die Gegner von einst können darauf, wie sie die erwachende Regung deutschen Lebenswillems im Keim ersticken könnten.

Aber es ist nicht mehr so wie einst. Das haben sie aus der abweisenden Antwort erfahren, die sich der englische Vorkämpfer in Berlin geholt hat. Kein Wort ist dabei zu verlieren über die Schwächlichkeit des sozialistischen britischen Außenministers, der sich gegen die öffentliche Meinung in seinem eigenen Lande im französischen Interesse in dieses ausschweifende diplomatische Abenteuer hat verwickeln lassen, statt im englischen Interesse die Gelegenheit zu benutzen, um sich der Pariser Fiktion zu entziehen und die Machtverhältnisse in Europa wieder auszubalancieren. Wichtiger ist, daß die deutsche Ablehnung der englisch-französischen Zustimmung, die Verhandlungen mit Wien zu unterbrechen und das Urteil des Völkerbundes abzuwarten, von erstickender Deutlichkeit war. Einen solchen Ton, ein so entschiedenes „Nein“ von deutscher Seite hat man in Paris und London seit mehr als zwölf Jahren nicht mehr gehört. Natürlich schwillt daraufhin der Chor der Klage von neuem an. Aber laßt sie nur schreien, bis ihnen der Atem ausgeht! Die chauvinistischsten unter den französischen Blättern beschämen uns aus Haß gegen Briand ja selbst, daß wir unangreifbar im Rechte sind. Den Völkerbund geht die Angelegenheit gar nichts an. Selbst wenn er eingeschaltet würde, wäre er zur Ohnmacht verurteilt durch das deutsche Veto, das seine Eklatsmöglichkeit über deutschfeindliche Beschlässe zustande kommen ließe und auch eine Ueberwältigung an das Daaer Gericht verhindern könnte. Zudem haben die Regierungen in Berlin und Wien bündig erklärt, daß sie sich auf eine politische — oder, wie man in Paris so sagen beliebt, auf eine „moralische“ — Nachprüfung des Zollvertrages nicht einlassen. Ueber seine juristische Uebereinstimmung mit den bestehenden Verträgen mögen sich die Gegner den Kopf zerbrechen. Nach dieser Richtung hin ist jede einzelne Formulierung hieß- und nichts. Dafür sollte den Zweifelern schon die Mitarbeit des Ministerialdirektors Dr. Gaus bürden, dessen Genauigkeit sie von Genf her kennen.

Für die Schwäche der erhobenen Einwendungen ist es kennzeichnend, daß sie sich nicht auf das Ausschlußverbot im Friedensvertrag mit Österreich stützen, sondern auf die Bestimmungen des Genfer Protokolls von 1922, das Österreich in Verbindung mit einer Sanierungsanleihe aufgezungen wurde. Der Wortlaut dieser Klausel besagt: „Die Regierung der Republik Österreich verpflichtet sich, gemäß dem Wortlaut des Artikels 88 des Vertrages von St. Germain, ihre Unabhängigkeit nicht aufzugeben; sie wird sich jeder Verhandlung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Bindung enthalten, die geeignet wäre, diese Unabhängigkeit mittelbar oder unmittelbar zu beeinträchtigen.“ Ausdrücklich, und zwar auf österreichischen Wunsch, ist in dieser Fassung zum Ausdruck gebracht worden, daß die Bestimmungen des Protokolls nicht über die des Staatsvertrages von St. Germain hinausgehen. Und für die Sicherung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Österreichs sind in dem zwischen Curtius und Schöber vereinbarten Vorvertrag alle nur möglichen Anteile vorgeesehen, der Verzicht auf ein Zollparlament, die Selbständigkeit beider Zollverwaltungen und die Abhängigkeitslosigkeit. Auch die Österreich unterlegte Verpflichtung, daß es keinem Staate Sonderprivilegien gewähren darf, wird nicht verfehlt; denn jeder interessierte Staat kann sich die Vorteile der deutsch-österreichischen Vereinbarungen durch Beitritt verschaffen. Also: man mag drehen und deuteln, soweit man will, es ist nichts zu machen. Selbst in Genf Völkerbundskreisen, denen man übertriebene Deutschfreundlichkeit nicht nachsagen kann, ist man sicheren Nachrichten zufolge zu der Auffassung ge-

Heute: **Der D.N.-Krafffahrer**  
Seite 17 und 18